



Prof. Dr. Hanns W. Maul

unterrichtet als Adjunct Professor of International Relations and Strategic Studies am Bologna Center der Johns Hopkins University School of Advanced International Studies (SAIS Europe). Er ist Senior Distinguished Fellow an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und Senior Policy Fellow am Mercator Institut für Chinastudien (MERICS), ebenfalls in Berlin.

/// Geopolitische und geoökonomische Aspekte

Das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Japan

Das EU-Japan Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EUJEPa eröffnet nicht nur den beiden Seiten neue Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und damit neue Wachstumschancen für ihre Unternehmen. Möglicherweise noch bedeutsamer sind seine indirekten Effekte auf Geopolitik und Geoökonomie im Tauziehen um die Ausgestaltung der zukünftigen internationalen Ordnung.

Das Europäisch-japanische Freihandelsabkommen (offiziell: EU-Japan Wirtschaftspartnerschaftsabkommen bzw. Economic Partnership Agreement, EUJEPa), das von 2013 bis 2017 verhandelt wurde und am 1. Februar 2019 in Kraft trat, regelt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Japan und öffnet damit einen Raum für engere Zusammenarbeit, in dem rund 30 % der Weltwirtschaftsleistung erarbeitet werden. Damit begründet das Abkommen eine Freihandelszone, die noch größer als das Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko (bis 2018: North American Free Trade Agreement NAFTA, seit 2018: USA-Canada-Mexico Trade Agreement) ist. Es eröffnet den beteiligten Volkswirtschaften dadurch zusätzliche wirtschaftliche Wachstumschancen und -impulse, die allerdings – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bereits ohnehin hohen Wirtschaftsverflechtungen – in ihrer Wirkung nicht überschätzt werden sollten: Jüngere Studien sehen für die EU als Folge des Abkommens zusätzliche jährliche Wachstumsgewinne in Höhe von 0,02 % bis 0,14 % des EU-Bruttosozialproduktes.¹

Das EUJEPa regelt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Japan.

Allerdings sind die unmittelbaren wirtschaftlichen Effekte für die beiden Beteiligten keineswegs die einzigen und möglicherweise noch nicht einmal wichtigsten Motive beider Seiten für dieses Abkommen. Es ordnet sich vielmehr ein in einen größeren geopolitischen und geowirtschaftlichen Zusammenhang, der sich in den letzten zehn Jahren stark verändert hat. Mit „Geopolitik“ sind dabei Außenpolitikprozesse gemeint, die auf die Machtrelationen abzielen, die der Weltpolitik und der internationalen Ordnung zugrunde liegen. Bei „Geoökonomie“ geht es um Außenwirtschaftspolitiken, die diese Machtrelationen bzw. die auf ihnen beruhende Weltordnung zu beeinflussen suchen.

Geopolitische Anstöße und Motive hinter dem EUJEPa

Die positiven Wirtschaftsbeziehungen ließen ein bilaterales Freihandelsabkommen zunächst nicht als dringlich erscheinen.

Weder für die EU noch für Japan war ein bilaterales Freihandelsabkommen per se besonders dringlich: Die Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich ohnedies durchaus positiv für beide Seiten, und die in den 1980er-Jahren so virulenten Konflikte im Gefolge der großen japanischen Handelsüberschüsse hatten sich beruhigt. Zwar erzielt Japan noch immer Überschüsse im bilateralen Warenhandel, doch werden diese inzwischen mehr als ausgeglichen durch europäische Überschüsse beim Handel mit Dienstleistungen.² Zudem mussten bei Verhandlungen beide Seiten außenwirtschaftspolitische Kröten schlucken: Die Industrieproduzenten der Europäischen Union profitierten bislang in etlichen Bereichen (wie beispielsweise der Automobil- und Chemieindustrie) von signifikanten Zöllen auf japanischen Produkten und damit von einem Preisvorteil gegenüber den Wettbewerbern aus Ostasien, während bei Japan unvermeidlich die traditionell hohen Schutzzölle zugunsten der japanischen Landwirtschaft (und damit einer wichtigen Wählerschaft der – traditionellen und derzeitigen – Regierungspartei LDP) ins Visier der europäischen Unterhändler geraten würden.

Die Anstöße, die 2013 zu den Verhandlungen und dann 2017 zum erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen führten, kamen daher letztlich aus anderen Richtungen. Zwei strukturelle Verschiebungen in der internationalen Ordnung waren dabei besonders gewichtig:

- der Aufstieg Chinas zur Weltmacht und die damit einhergehende Verlagerung des Schwerpunktes der amerikanischen Außenpolitik nach Ostasien sowie
- die mageren Fortschritte in der Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO, die bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen Auftrieb verliehen.

Der Aufstieg Chinas

Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht verdankte sich dem raschen Wirtschaftswachstum der Volksrepublik: In den vier Dekaden seit Beginn der Öffnungspolitik 1978 wuchs die Volkswirtschaft inflationsbereinigt (berechnet in konstanten US \$ von 2010) von US \$ 293,6 Mrd. auf US \$ 10,8 Bill. Sie war damit statistisch 2018 rund 37-mal so groß wie 1978. Allein der Zuwachs an Wirtschaftsaktivität von 2017 auf 2018 war – mit US \$ 69 Mrd. – nur wenig kleiner als die gesamte Wirtschaftsleistung von Myanmar im selben Jahr (US \$ 80,6, berechnet wiederum in konstanten US \$ von 2010).³

China ist aufgrund seines rasanten Wirtschaftswachstums zur Weltmacht aufgestiegen.

Seit 2010 gab China zudem seine bis dahin kultivierte außenpolitische Zurückhaltung auf, die sich an Vorgaben von Deng Xiaoping orientiert hatte,⁴ und trat nunmehr erkennbar forscher auf. Dabei schälte sich zusehends deutlich das strategische (Zwischen-)Ziel heraus, die USA in Ostasien als regionale Hegemonialmacht abzulösen und damit auch die machtpolitischen Fundamente der Weltordnung global neu aufzubauen.

Die USA reagierten auf den Aufstieg Chinas zunächst mit Bemühungen, die Volksrepublik als „responsible stakeholder“ (etwa: „verantwortungsbewussten Teilhaber“) in die westlich dominierte Weltordnung zu integrieren, die Chinas Wirtschaftsaufstieg ja wesentlich ermöglichte.⁵ Die beiden Obama-Administrationen von 2009 bis 2017 setzten dann auf eine Neuausrichtung der US-Außenpolitik hin zum asiatisch-pazifischen Raum.

Das Entstehen bilateraler und regionaler Freihandelsabkommen

Die damalige Außenministerin Hillary Clinton präsentierte die Konturen dieser Umorientierung erstmals in einem Artikel 2010 unter dem Stichwort „pivot“, das später offiziell durch das unauffälliger Konzept eines „rebalancing“ der US-Außen-, Außenwirtschafts- und Verteidigungspolitik zugunsten Ostasiens ersetzt wurde.⁶ Diese strategische Neuorientierung auf den asiatisch-pazifischen Raum zielte im Kern darauf ab, China zugleich einzubinden und zu zähmen. Auch wenn sie einige militärische Komponenten wie etwa den Ausbau der Flottenpräsenz und die bilaterale militärische Zusammenarbeit mit den US-Verbündeten in der Region beinhaltete, war das wichtigste Instrument des „rebalancing“ der Obama-Administration der Beitritt der USA zur Trans-Pacific Partnership (TPP), einem neuen Freihandelsprojekt für das gesamte Pazifikbecken.⁷ TPP entstand aus einer 2005 abgeschlossenen Freihandels- und Kooperationsvereinbarung zwischen Brunei, Chile, Neuseeland und Singapur als Reaktion auf das Stagnieren der

Mit regionalen Abkommen im asiatisch-pazifischen Raum versuchten die USA, China einzudämmen.

WTO-Liberalisierungsbemühungen. Ihre eigentliche Bedeutung gewann TPP allerdings durch die Bereitschaft der Obama-Administration, sich einer erweiterten Form dieser Zusammenarbeit anzuschließen.

Im Februar 2016 wurde das Abkommen von zwölf Staaten, darunter neben den USA auch Australien, Kanada, Malaysia, Mexiko, Peru und Vietnam (nicht aber China) unterzeichnet. Nachdem Präsident Trump in einer seiner ersten (und, es lässt sich nicht anders sagen, dümmsten) Amtshandlungen die Unterschrift der USA unter den Vertrag zurückgezogen hatte, wurde TPP von den verbleibenden elf Mitgliedstaaten als „Comprehensive and Progressive Trans-Pacific Partnership“ im Wesentlichen unverändert neu ausgehandelt und aufgelegt.

Die neuen regionalen Freihandelsabkommen sollen die WTO entlasten.

CPTPP trat nach den erforderlichen Ratifizierungen in sechs Mitgliedstaaten am 30. Dezember 2018 in Kraft.⁸ Es steht – wie auch die EU-Japan-Wirtschaftspartnerschaft – für eine neue Generation von regionalen Freihandelsabkommen, die die offene, regelbasierte Welthandelsordnung abstützen und damit die WTO entlasten sollen. Allerdings gibt es gleichzeitig auch etliche andere, insbesondere von China propagierte Vereinbarungen, die deutlich weniger ambitioniert und regelbasiert sind als EUJEPa oder CPTPP. Ein Beispiel hierfür ist die Regional Comprehensive Economic Partnership RCEP, über die seit 2012 zwischen China, Japan, Südkorea und den ASEAN-Staaten sowie Indien, Australien und Neuseeland – aber ohne die USA – verhandelt wird. RCEP stellt einen geökonomischen Gegenentwurf zu TPP dar, der die Wirtschaftsbeziehungen in Ostasien stärker auf China ausrichten und damit China größeren Einfluss auf die Gestaltung der zukünftigen Welthandelsordnung in seinem Sinne geben würde.

Bei all diesen Partnerschaftsprojekten geht es also im Hintergrund immer auch um geökonomischen Einfluss und die geopolitische Ausgestaltung der zukünftigen Welthandelsordnung. So verdankt sich auch das EUJEPa

- einerseits der wachsenden Sorgen in Japan um die Konsequenzen des Aufstiegs von China für Ostasien und die Verlässlichkeit der amerikanischen Bündniszusagen,
- andererseits der Absicht der Europäer, die offene, regelbasierte internationale Handelsordnung zu schützen und ihrer Einsicht in das wachsende Gewicht Ostasiens in Weltwirtschaft und Weltpolitik. Daraus folgt der Wunsch, in dieser Region stärker präsent zu sein.⁹

Geopolitische und geoökonomische Dimensionen des EUJEPAs

Aus der Perspektive der Geopolitik verfügt die Europäische Union selbst über reale Macht nur dann und dort, wo sie in der Lage ist, die Zugangsbedingungen zu einem der größten Wirtschaftsräume der Welt politisch zu gestalten und dessen Ressourcen für politische Zwecke nach außen gezielt einzusetzen (etwa in Form europäischer Kredite oder Sanktionen). Diese Macht ist allerdings durchaus nicht zu unterschätzen, denn die ihnen zugrunde liegenden wirtschaftlichen Machtressourcen sind im Falle der EU erheblich. Hinzu kommen theoretisch auch die stärker diversifizierten Machtressourcen der einzelnen Mitgliedstaaten, die etwa auch über substanzielle militärische Fähigkeiten oder über einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat verfügen. Allerdings werden diese Machtressourcen nur selten effektiv gebündelt und gezielt eingesetzt. Europa ist deshalb generell gegenüber den großen Weltmächten im Hintertreffen.¹⁰

Die EU verfügt über erhebliche wirtschaftliche Machtressourcen.

Japan dagegen verfügt sowohl über erhebliche wirtschaftliche Ressourcen als auch über gewichtige andere Machtgrundlagen, nicht zuletzt auch im militärischen Bereich. Diese sind allerdings in der Regel sehr eng verknüpft mit denen des Bündnispartners und Sicherheitsgaranten Amerika. Dennoch sind beide Seiten auch aus geopolitischen Überlegungen heraus an einem engeren Zusammenwirken interessiert: Für die EU bedeutet dies eine Verstärkung seiner Präsenz in Ostasien und einen gewichtigen Partner vor Ort und somit auch die Chance, auf die Entwicklungen in dieser zunehmend zentralen Region der Weltpolitik etwas besser einwirken zu können.

Umgekehrt bedeutet die Partnerschaft mit der EU für Japan – bei aller Begrenztheit der Macht und der Möglichkeiten Europas in Ostasien – ein zusätzliches Element der Rückversicherung und der Diversifizierung seiner Rückendeckung in der schwierigen Beziehung mit China.¹¹

Es geht also aus der Sicht beider Seiten darum, den Machtverschiebungen in der Weltpolitik zu Ungunsten des Westens und zu Gunsten Chinas durch neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb des Westens und durch die Förderung von Kooperationsstrukturen, die auch ohne die USA funktionieren, abzubremesen. Dass die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Japan dabei keine wirklich „harte“ Macht entfalten kann, ist angesichts der sehr begrenzten sicherheitspolitischen Möglichkeiten Europas in Ostasien offenkundig. Es geht hierbei vielmehr um „weichere“ Formen und Praktiken der internationalen Politik, die jedoch für die Ausübung von Einfluss auf den Gang der Weltpolitik durchaus relevant sind.

Parallel zu EUJEPa wird auch eine strategische Partnerschaft zwischen EU und Japan verhandelt.

Die Tatsache, dass parallel zu EUJEPa auch eine Strategische Partnerschaft EU-Japan verhandelt und vereinbart wurde, verweist explizit auf die geopolitische Funktion auch des EUJEPa.¹² Die Partnerschaft regelt eine umfassende Zusammenarbeit der beiden Seiten mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der bestehenden internationalen Ordnung und ihrer liberal-demokratischen Prinzipien und Werte.

Im engeren geoökonomischen Sinne zielt das EUJEPa zunächst darauf ab, die bestehende, regelbasierte und verrechtlichte Welthandelsordnung zu erhalten und zu stützen. EUJEPa ist in dieser Hinsicht allerdings nicht völlig frei von Ambivalenz:

- Zwar handelt es sich bei dem Partnerschaftsabkommen um eine „höchst umfassende“ (highly comprehensive) Vereinbarung, die die bereits zuvor ausgeprägte relative Offenheit und Zugänglichkeit der beiden Wirtschaftsräume füreinander mit Blick auf Handel und Direktinvestitionen weiter voranbringt.¹³ Die Vereinbarungen sind mit dem Regelwerk der WTO kompatibel, gehen aber teilweise deutlich darüber hinaus oder erschließen sogar Bereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die bislang im Rahmen der WTO noch nicht geregelt werden konnten wie etwa umweltpolitische oder arbeitsrechtliche Regelungen. Im positiven Sinne trägt EUJEPa somit indirekt zur Stärkung des WTO-Regelwerkes bei, baut also auf diesem auf und führt dieses weiter.
- Andererseits bleibt doch der Makel, dass dies innerhalb einer Sondervereinbarung geschieht, die gegenüber Außenstehenden diskriminiert und deshalb in einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zur WTO steht. EUJEPa trägt insofern nicht nur zur Stärkung, sondern eben auch zur Auflösung der einheitlichen WTO-Ordnung bei.

EUJEPa und die chinesische Seidenstraßen-Initiative

In einem weiteren Sinne ordnet sich die intensivierete Wirtschaftszusammenarbeit zwischen der EU und Japan im Rahmen des EUJEPa ein in den Kontext der neuen chinesischen Seidenstraßen-Initiative (Belt and Road Initiative, BRI), die erstmals ebenfalls 2013 vorgestellt wurde. BRI ist eine weitreichend und ambitioniert angelegte Globalstrategie (grand strategy) der jetzigen chinesischen Führung, die primär mit geoökonomischen Instrumenten vorangetrieben werden soll. Ihr Ausgangspunkt ist der enorme Infrastruktur-Investitionsbedarf im gesamten eurasischen Raum und die Überlegung, diese Investitionen dazu zu nutzen, den Großraum wirtschaftlich stärker zu vernetzen und dadurch neue Wachstums- und Entwicklungsimpulse – für China selbst, aber auch für andere – zu generieren.

Diese Globalstrategie lässt sich durchaus mit dem Marshall-Plan der USA in den späten 1940er- und 1950er-Jahren vergleichen, der eine wesentliche Grundlage der amerikanischen Eindämmungspolitik bildete. Im Falle der BRI steht im Hintergrund der Anspruch der chinesischen Führung, China auf seinen ihm historisch zustehenden Platz im Zentrum der Weltordnung zurückzuführen.¹⁴

Die BRI soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit – und damit im Gefolge auch die politische und sicherheitspolitische Ausrichtung – in diesem gesamten Raum im Sinne Chinas und nach seinen ordnungspolitischen Vorstellungen strukturieren, der neben der eurasischen Landmasse auch die im Süden angrenzenden maritimen Räume des Pazifik, des Indik und des Mittelmeers sowie (Ost-)Afrika umfasst und auch darüber hinaus ausgreift, etwa nach Lateinamerika und in die Arktis. Dabei geht es um so konkrete Aspekte wie Wettbewerbsregeln, Industrienormen oder Streitschlichtungsverfahren, aber natürlich auch um (kontrollierenden) politischen Einfluss.

Da beide Stränge der BRI bis Europa reichen, ist auch die EU von dieser „grand strategy“, die China unter dem Stichwort der „Konnektivität“ propagiert, unmittelbar und langfristig betroffen und versucht, darauf Antworten zu finden, die die europäischen Interessen wahren – etwa durch eine eigene „Konnektivitätsstrategie“ der EU.¹⁵ Japan seinerseits verfolgt schon seit Beginn der chinesischen Öffnungspolitik eine geoökonomische Strategie der Einbindung Chinas durch wirtschaftliche Verflechtungen. Schwerpunkt dieser Politik war und ist neben China selbst Südostasien.¹⁶ EUJEPa kann in diesem Zusammenhang dazu beitragen, die Kooperation zwischen der EU und Japan auch in diesen größeren Zusammenhängen zu entwickeln und somit die Gegengewichte gegen Chinas finanzielle und wirtschaftliche Machtposition zu stärken.

Das Seidenstraßenprojekt soll Chinas wirtschafts- und sicherheitspolitische Ausrichtung strukturieren.

Das Projekt einer asiatischen Infrastrukturbank

Eine wesentliche geoökonomische Dimension dieses Tauziehens betrifft angesichts des gewaltigen Infrastruktur-Investitionsbedarfs in diesem gesamten Großraum Kredite und Kreditkonditionen. Ein erstes geoökonomisches Schlachtfeld war in diesem Zusammenhang das von China 2013 lancierte Projekt einer asiatischen Infrastrukturbank, der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). China lud andere Staaten, auch die westlichen Industriestaaten, dazu ein, sich an diesem Projekt als Gründungsmitglieder zu beteiligen.

Die USA lehnten unter Obama das Projekt einer asiatischen Infrastrukturbank ab

Die USA lehnten dies noch unter Präsident Obama ab und versuchten, auch ihre Verbündeten (und andere) davon zu überzeugen, diesem Projekt fernzubleiben. Dies erwies sich als strategischer Fehler: Nur wenige Verbündete (wie Japan) und andere wichtige Staaten (wie Indien) blieben der AIIB (zunächst) fern. Großbritannien und Deutschland dagegen zogen es vor, durch ihre Beteiligung zu versuchen, aus dem Projekt für sich selbst Nutzen zu ziehen und es in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Bislang orientiert sich die AIIB in ihren Vorgehensweisen und Verfahren wie auch bei der Kreditvergabe offenbar weitgehend an den (westlichen) Vorbildern der internationalen Entwicklungsbanken wie der Weltbank oder der Asiatischen Entwicklungsbank.¹⁷ Am Beispiel der AIIB – wie generell im Kontext der BRI – zeigt sich, dass die chinesische Strategie durchaus flexibel und lernfähig angelegt ist und dementsprechend in Einzelaspekten modifiziert werden kann, um auf neue Problemlagen und Entwicklungen zu reagieren, ohne dass Beijing dabei freilich seine langfristigen Zielsetzungen aus den Augen verlieren würde.

Es macht also durchaus Sinn zu versuchen, mit China im Rahmen der BRI zusammenzuwirken, solange dabei die eigenen Interessen gewahrt und den westlichen Vorstellungen einer regelbasierten, verbindlich verrechtlichten und mit robusten Institutionen ausgestatteten internationalen Wirtschafts- und Weltordnung Gewicht verliehen werden kann. Dies setzt freilich eine ebenso klare strategische Langfrist-Orientierung auf diese Prinzipien und Normen voraus, wie das bei China der Fall ist. Dagegen sind Versuche, China geoökonomisch zu isolieren, wie es die USA im Falle der AIIB versuchten, angesichts der Dimensionen der chinesischen Volkswirtschaft und ihrer wirtschaftspolitischen Ressourcen von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

EUJEPa – Versuch einer Einordnung

Die entscheidenden geoökonomischen Fragen der nächsten Jahrzehnte betreffen die politische Ausgestaltung der Zukunft der Globalisierung und ihrer weit reichenden Auswirkungen auf unsere nationalstaatlichen Gesellschaften wie auf die internationalen Beziehungen insgesamt. Die Volksrepublik China hat hierfür im Kontext der BRI ihre Vorstellungen umrissen und eine Globalstrategie vorgelegt, die freilich im Einzelnen durchaus angepasst und umgestaltet werden kann, um veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen (eine Flexibilität, die jede erfolgreiche „grand strategy“ auszeichnet). Entsprechend umfassende Gegenentwürfe seitens des Westens (oder anderer Staaten oder Staatengruppierungen) liegen bislang (noch?) nicht vor, allerdings gibt es sehr wohl Elemente hierzu wie etwa das Pariser Klimaabkommen oder die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen.

Das EUJEPa hat keine direkten Bezüge zu BRI und insofern auch keine unmittelbare Bedeutung für diese zentrale geoökonomische Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Indirekt ist sein Beitrag aber durchaus signifikant, ja vielleicht das gewichtigste Argument für das Abkommen: Mit der Partnerschaft zwischen der EU und Japan gewinnen beide Seite zusätzlichen Rückhalt für ihre Bemühungen, sich im Kontext einer zunehmend bipolaren Welt gegenüber China, aber auch den USA als eigenständige Akteure mit Gestaltungschancen zu behaupten. Werden diese Chancen genutzt, so hätte dies auf lange Sicht womöglich wesentlich gewichtigere positive Rückwirkungen auf die Interessen der EU und Japans als die unmittelbaren, eher bescheidenen Wohlstandsgewinne, die sich direkt auf die Partnerschaft zurückführen lassen.

EUJEPa kann dazu beitragen, die Verhandlungspositionen der Partner gegenüber China wie auch den USA zu stärken. Dies gilt vor allem, wenn sie in der Lage sind, gemeinsame oder doch komplementäre Interessen zu identifizieren und ihre Politiken in diesem Sinne zu koordinieren. Anders ausgedrückt: Mit dem Abkommen steigen die Chancen, dass weder China noch die USA Japan und die EU gegeneinander ausspielen können. Ob diese Chancen genutzt werden, ist eine Frage der klugen Politik – in Tokio, in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten, nicht zuletzt in Berlin.

EUJEPa ermöglicht beiden Seiten, sich gegenüber China und den USA zu behaupten.

///

Anmerkungen

- 1 European Parliament, Directorate-General for External Policies of the Union: The EU-Japan Economic Partnership Agreement, Brüssel, September 2018, S. 29-32, einsehbar unter: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/603880/EXPO_STU\(2018\)603880_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/603880/EXPO_STU(2018)603880_EN.pdf), Stand: 19.10.2019.
- 2 Ebd., S. 9-12.
- 3 Angaben nach Daten der Weltbank, einsehbar unter: <https://data.worldbank.org/>, Stand: 19.10.2019.
- 4 Die bekannte, 24 Schriftzeichen umfassende Maxime, die Deng Xiaoping zu Beginn der 1990er-Jahre formulierte und danach lange als offizielle strategische Leitorientierung der chinesischen Außenpolitik betrachtet wurde, lautet in grober englischer Übersetzung: „Observe calmly; secure our position; cope with affairs calmly; hide our capacities and bide our time; be good at maintaining a low profile; and never claim leadership.“
- 5 Zoellick, Robert: Whither China? From Membership to Responsibility, Remarks to the National Committee on U.S.-China Relations, New York City, Sept. 21, 2005, einsehbar unter: https://www.ncuscr.org/sites/default/files/migration/Zoellick_remarks_notes06_winter_spring.pdf, Stand: 19.10.2019.
- 6 Clinton, Hillary: America's Pacific Century, in: Foreign Policy, Oct. 22, 2011, einsehbar unter: <https://foreignpolicy.com/2011/10/11/americas-pacific-century/>, Stand: 19.10.2019; Obama, Barack: U.S. President B. Obama's Address to the Australian parliament, Nov. 17, 2011, einsehbar unter: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2011/11/17/remarks-president-obama-australian-parliament>, Stand: 19.10.2019.
- 7 Siehe hierzu Campbell, Kurt: The Pivot, The Future of American Statecraft in Asia, New York / Boston 2016.
- 8 Green, Michael J. / Goodman, Matthew P.: After TPP: the Geopolitics of Asia and the Pacific, in: The Washington Quarterly 4/2015, S. 19-34; McBride, James / Chatzky, Andrew: What is the Trans-Pacific Partnership (TPP)? Council on Foreign Relations background, last updated Jan. 4, 2019, einsehbar unter: <https://www.cfr.org/background/what-trans-pacific-partnership-tpp>, Stand: 19.10.2019.
- 9 European Commission: The EU-Japan Economic Partnership Agreement, Why it Matters, July 2018, einsehbar unter: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/july/tradoc_155725.pdf, Stand: 16.10.2019.
- 10 Generell hierzu Bendiek, Annegret: Europa verteidigen, Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Stuttgart 2018.

- ¹¹ Watanabe, Yorizumi: The Japan-EU EPA and Its Potential Contribution to the 21st Century Trade Rules, Presentation, Brookings Seminar on Mega Trade Agreements, Washington DC, Dec. 16, 2013, einsehbar unter: <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2013/12/Presentation-by-Yorizumi-Watanabe.pdf>, Stand: 19.10.2019; Ders.: The EU-Japan Economic Partnership Agreement, in: JDZB Echo 120/2017; zur Außenpolitik Japans allgemein Green, Michael J. / Cooper, Zack (Hrsg.): Postwar Japan, Growth, Security and Uncertainty, Lanham u. a. 2018.
- ¹² Strategic Partnership Agreement Between the European Union and Its Member States, of the One Part, and Japan, of the Other Part, July 17, 2018, einsehbar unter: <https://www.mofa.go.jp/files/000381942.pdf>, Stand: 19.10.2019.
- ¹³ European Parliament 2018 (wie Endnote 1), S. 7.
- ¹⁴ V. Hauff, Luba: Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU (= Aktuelle Analysen 68, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung), München 2018; Ekman, Alice (Hrsg.): China's Belt and Road and the World: Competing Forms of Globalization, Paris 2019, einsehbar unter: https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/ekman_china_belt_road_world_2019.pdf, Stand: 19.10.2019.
- ¹⁵ European Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy: Connecting Europe and Asia – Building Blocks for an EU Strategy, Brussels, Sept. 19, 2018, einsehbar unter: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/joint_communication_-_connecting_europe_and_asia_-_building_blocks_for_an_eu_strategy_2018-09-19.pdf, Stand: 19.10.2019.
- ¹⁶ Maull, Hanns W.: The Geopolitical and Strategic Implications of Competitive Connectivity: The Case of Japan, Paper contributed to the Workshop Constructing the 21st-Century Silk Road: Southeast Asia in the Race for Connectivity and Geopolitical Interests, Freiburg 2019.
- ¹⁷ Perlez, Jane: U.S Opposing China's Answer to World Bank, in: The International New York Times, Oct. 9, 2014, einsehbar unter: <https://www.nytimes.com/2014/10/10/world/asia/chinas-plan-for-regional-development-bank-runs-into-us-opposition.html>, Stand: 19.10.2019.